

Stellungnahme:

Der Niedriglohnsektor in Deutschland wächst nicht mehr

Das DIW Berlin hat aktuellen Meldungen über eine anhaltende starke Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland widersprochen. Zwar hat seit Ende der Neunziger Jahre die gering entlohnte Beschäftigung bis 2004 tatsächlich kräftig zugenommen – also die Zahl der Arbeitnehmer, die weniger als zwei Drittel des mittleren Bruttostundenlohns erhalten. Das zeigen auch frühere Studien des DIW Berlin. Danach kam allerdings das Wachstum zum Stillstand. So zählten nach Auswertungen des Sozio-oekonomischen Panels im Jahr 2004 etwas mehr als 20 Prozent aller Arbeitnehmer (ohne Auszubildende, Studenten und Rentner) zum Niedriglohnsektor. Im Jahr 2006 waren es genauso viele. Deutlich abgenommen hat dabei der Anteil der Vollzeitbeschäftigten.

„Der Niedriglohnsektor ist vor allem eine Domäne von Teilzeitbeschäftigten und Minijobbern,“ sagte DIW-Arbeitsmarktexperte Karl Brenke. „Teilzeit- und Minijobs sind aber nicht auf Existenzsicherung angelegt, sondern stellen meist eine zusätzliche Verdienstmöglichkeit dar. Das gilt zum Beispiel für Studenten, Rentner oder Arbeitslose.“ Dies hatte das DIW Berlin erst kürzlich in einer Studie auf der Grundlage der Daten des Sozio-oekonomischen Panels festgestellt [Link zu Wochenbericht/Pressemitteilung].

Minijob-Boom hat seine Grenzen erreicht

Insbesondere die Ausweitung der Minijobs hat in der Vergangenheit den Niedriglohnsektor wachsen lassen. Offensichtlich sind in dieser Hinsicht aber die Grenzen erreicht. So ist seit Anfang 2006, als der gegenwärtige Konjunkturaufschwung auch auf dem Arbeitsmarkt spürbar wurde, im Wesentlichen die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gestiegen. Die Zahl der Personen mit einem Minijob stagnierte hingegen. Das spricht ebenfalls dafür, dass der Niedriglohnsektor nicht weiter wächst.

Das DIW Berlin erinnerte an die politischen Intentionen, die mit der Einführung von Minijobs verbunden waren: Minijobs waren eine politisch gewollte Option zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Sie wurden deshalb so attraktiv, weil die Arbeitgeber nur geringe Abgaben zu entrichten haben, und für die Arbeitnehmer die Entlohnung nach dem Prinzip „brutto = netto“ erfolgt. Ob sie allerdings ein geeignetes Mittel zur Entlastung des Arbeitsmarktes sind, ist aber fraglich. „Es handelt sich um Hinzuverdienste – nicht mehr und nicht weniger,“ so DIW-Experte Brenke. Insbesondere Rentner, Schüler und Studenten sowie registrierte Arbeitslose hätten die mit Blick auf Steuern und Abgaben bevorzugten Minijobs angenommen.